

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 16. Juni 1967

Blatt 1789

Schubert-Ausstellung im Historischen Museum der Stadt Wien
=====

Eröffnung am kommenden Dienstag

16. Juni (RK) Kommenden Dienstag, den 20. Juni, eröffnet
Bürgermeister Bruno Marek um 17 Uhr die Franz Schubert-Ausstellung
im Historischen Museum der Stadt Wien auf dem Karlsplatz. An diesem
Tag bleibt das Museum deshalb von 13 Uhr an geschlossen. Vom darauf-
folgenden Mittwoch, den 21. Juni an; ist die Schubert-Ausstellung
geöffnet, und zwar kann sie zu den von diesem Tag an geltenden
neuen Öffnungszeiten des Museums, nämlich Dienstag bis Freitag
von 9 bis 16 Uhr, Samstag von 14 bis 18 Uhr, Sonn- und Feiertag
von 9 bis 13 Uhr, besichtigt werden.

Geehrte Redaktion!

Aus Termingründen kann keine eigene Pressebesichtigung der
Schubert-Ausstellung durchgeführt werden. Sie sind jedoch herzlich
eingeladen, Berichterstatter und Fotoreporter zur Eröffnung der
Ausstellung zu entsenden. Bei dieser Gelegenheit werden den
Journalisten Informationen und Fotomaterial zur Verfügung gestellt.
An der Eröffnungsfeier wird der eben aus dem Ausland zurückge-
kehrte Wiener Pianist Paul Badura-Skoda mitwirken. Termin:
Dienstag, 20. Juni, 17 Uhr. Ort: Historisches Museum der Stadt
Wien, Karlsplatz.

- - -

Zur heutigen Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

16. Juni (RK) Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Wiener Gemeinderates stehen 69 Geschäftsstücke. Viele von diesen werden wahrscheinlich ohne Debatte angenommen, obwohl sie deswegen nicht weniger wichtig sein müssen als jene, zu denen Wortmeldungen erfolgen. Die "RK" wird nachstehend einige bedeutendere Anträge kurz zusammenfassen:

Tausend neue Gemeindewohnungen
=====

Dem Wiener Gemeinderat liegen heute die Projekte und Kostenvoranschläge für sechs neue städtische Wohnhausanlagen vor. Diese verteilen sich über die Bezirke Simmering (2), Ottakring, Döbling (2) und Liesing. Die insgesamt 999 Wohnungen und diversen Geschäftslokale neben baulichem Zubehör werden 225 Millionen Schilling kosten, wovon heuer noch 53 Millionen Schilling verbraucht werden sollen.

Die Baustellen befinden sich:

11. Bezirk: Mitterweg-Gehringergasse-Seeschlachtgraben, 19 Stiegenhäuser mit 429 Wohnungen, zwei Trafostationen, zwölf maschinellen Waschküchen und diversen Abstellräumen und Geräteräumen sowie Einstellplätzen für insgesamt 116 Personenkraftwagen. - Südlich des Mitterweges-östlich der Weißenböckstraße - erste Bauteil-Erweiterung mit sechs Stiegenhäusern, enthaltend 80 Wohnungen.

16. Bezirk: Ecke Thaliastraße und Johann Staud-Straße werden acht Stiegenhäuser mit zusammen 196 Wohnungen und acht Lokalen sowie einer Trafostation errichtet.

19. Bezirk: In der Budinskygasse werden drei Stiegenhäuser mit 36 Wohnungen und einem Lokal für die Post gebaut. - In der Krottenbachstraße-Norderweiterung entstehen auf sieben Stiegenhäusern 34 Wohnungen.

23. Bezirk: Im Bezirk Liesing, und zwar in Erlaa, östlich der Gregorygasse, zwischen Karl Schreiber-Gasse und Mühlbreiten sollen 23 Häuser mit zusammen 224 Wohnungen gebaut werden.

Gemeindesubventionen für Kultur und Soziales

=====

Anträge auf Subventionen aus Steuermitteln der Gemeinde Wien für zehn kulturelle und soziale Einrichtungen stehen auf der Tagesordnung. Die vorgesehenen Zuwendungen ergeben einen Gesamtbetrag von fast drei Millionen Schilling. Es erhalten: der Österreichische Stenografenverband 15.000 Schilling, die Internationale Gesellschaft für Neue Musik 25.000 Schilling, die Galerie Welz, Salzburg, für die Durchführung der Ausstellung "Fritz Wotruba" 25.000 Schilling, die Johann Strauß-Gesellschaft für die Arbeit an der wissenschaftlichen Gesamtausgabe der Werke von Johann Strauß-Sohn 100.000 Schilling, die Gesellschaft der Musikfreunde in Wien 300.000 Schilling, der ASKÖ für das Bundesfest 1967 1.900.000 Schilling, die Gesellschaft für Musiktheater für ihre Tätigkeit im Dienste des zeitgenössischen musikalischen Theaters für 1967 15.000 Schilling, die Landesarbeitsgemeinschaft Wien "Junge Generation" 300.000 Schilling, der Verein "Wiener Jugendfreunde" 150.000 Schilling, das Österreichische Komitee für Sozialarbeit für die Aktion "Alten-Mittagstisch" 75.000 Schilling.

Neue Lichtsignalanlagen

=====

Der Wiener Gemeinderat wird beschließen, auf der Kreuzung 3, Invalidenstraße-Marxergasse, zusammen in Synchronschaltung mit der bestehenden Anlage, 3, Invalidenstraße-Landstraßer Hauptstraße, eine koordinierte automatische Verkehrslichtsignalanlage zu installieren.

Eine ebenso automatische koordinierte Verkehrslichtsignalanlage wird auf der Kreuzung, 10, Quellenstraße-Laxenburger Straße, und Quellenstraße-Favoritenstraße, eingerichtet werden. Dazu kommen zwei lokalautomatische Verkehrslichtsignalanlagen auf der Kreuzung 10, Quellenstraße-Neilreichgasse und Quellenstraße-Knöllgasse.

Neues Heizwerk in Mauer

=====

In der Wohnhausanlage, 23, Mauer, Mangasse-Dirmhirngasse, wird eine Fernheizanlage mit einem Kostenaufwand von 21,7 Millionen Schilling gebaut.

"Schätze" im Wiener Müll werden gehoben
=====

Durch den zunehmenden Verbrauch von Konserven ist der Wiener Müll ziemlich "eisenhältig" geworden. In der Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig werden die Konservendosen geschmolzen und es bilden sich Eisenklumpen, die bisher zusammen mit der Schlacke ungenützt abgelagert worden sind. Eine Eisenabscheidungsablage wird nun diese Eisenklumpen aus der Schlacke herausholen. Kosten 3,6 Millionen Schilling. Die Fachleute schätzen, daß aus der Schlacke jährlich 5000 Tonnen Eisenschrott gewonnen werden können.

Neue Feuerwache in Simmering
=====

In Simmering, zwischen Weißenböckstraße und Neugebäudestraße, soll nun eine neue Feuerwache der Stadt Wien gebaut werden. Diese wird zwei bestehende kleine und ungünstig situierte Feuerwachen vereinigen. Es handelt sich dabei um die Gruppenwache Kaiser-Ebersdorf, die wegen ihres schlechten Bauzustandes bereits außer Dienst gestellt werden mußte, und die Gruppenwache Simmering, die derzeit im Magistratischen Bezirksamt räumlich beengt untergebracht ist. Durch die Verlegung der Besatzungen dieser Feuerwachen in den taktisch und verkehrsmäßig günstiger gelegenen Neubau wird ein wesentlicher Fortschritt in der Betreuung des Schutzgebietes ermöglicht.

Der Neubau soll nach den Plänen des Architekten Ing. Rollig errichtet werden und sieht ein einstöckiges Dienstgebäude, eine Fahrzeughalle, einen Geräteschuppen und einen Steigerturm vor. Des Freigelände wird als Übungshof und als Grünanlage gestaltet. Die Kosten der neuen Feuerwache werden mit neun Millionen Schilling angenommen.

- - -

Parkbesucher werden "interviewt"
=====

16. Juni (RK) Übermorgen Sonntag, den 18. Juni, und am Dienstag, dem 20. Juni, finden in verschiedenen Wiener Parkanlagen und Erholungsgebieten Besucherbefragungen und Frequenzzählungen statt. Während in vergangenen Herbst bereits eine derartige Erhebung in innerstädtischen Grünanlagen bereits durchgeführt wurde, werden die größeren, peripher gelegenen Erholungsgebiete, wie Prater, Lainzer Tiergarten und bestimmte stark begangene Teile des Wienerwaldes jetzt erstmals auf ihre Beliebtheit untersucht. Die Wiener Stadtplanung, in deren Auftrag diese Untersuchung vom Wiener Institut für Standortberatung durchgeführt wird, erwartet sich davon weitere wertvolle Aufschlüsse darüber, wie oft die Wiener Grünflächen aufsuchen, zu welchen Zeiten sie dies vorwiegend tun, und welche Art von Parkanlagen sie bevorzugen.

Berücksichtigt man die jährlichen Ausgaben der Stadt Wien für die Neuherstellung und Erhaltung von Grünflächen in der Höhe von 150 bis 200 Millionen Schilling, so wird deutlich, wie wichtig solche Aufschlüsse für eine bedarfsgerechte Planung sind.

Die Auftraggeber und das durchführende Institut hoffen auf eine bereitwillige Mitarbeit der befragten Wiener, sollen doch von den mehr als 200 eingesetzten Mitarbeitern rund 3.000 Personen befragt werden.

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"
=====

16. Juni (RK) Montag, den 19. Juni, Route 4 mit Praterstern, Hauptfeuerwache Leopoldstadt, Wohnhausanlagen Vorgartenstraße und Marshallhof, Gelände der UNIDO-Stadt, Eishalle im Donaupark, Donauturm und Montagebaufabrik mit Neubaugebiet Kagran sowie andere städtische Anlagen und Einrichtungen.

Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

- - -

Sprechstunden der Ehe- und Familienberatung im Sommer
=====

16. Juni (RK) Im Monat Juli finden die Sprechstunden der Ehe- und Familienberatung der Magistratsabteilung 12, Wien 1, Gonzagagasse 23, nur einmal wöchentlich jeden Dienstag statt.

Im Monat August entfallen die Sprechstunden zur Gänze. Die letzte Sprechstunde wird daher Dienstag, den 25. Juli stattfinden. Ab September werden die Sprechstunden wieder regelmäßig jeden Dienstag und Freitag stattfinden. Die erste Sprechstunde im September wird somit Dienstag, den 5. September, abgehalten werden.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

16. Juni (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Kochsalat 1.50 bis 3.50 S je Kilogramm, Kohlrabi 0.80 bis 2 S, Salat 0.80 bis 2.50 S je Stück.

Obst: Ananaserdbeeren 12 bis 14 S, Kirschen 8 bis 10 S, Bananen 8 bis 10 S je Kilogramm.

- - -

10. Europa-Gespräch:

"Was fordert die Gesellschaft von der Wissenschaft?"
=====

Auszug aus dem Referat von Prof. Dr. Jindrich Zelený

16. Juni (RK) Beim 10. Europa-Gespräch der Stadt Wien in der Volkshalle des Rathauses hielt heute Prof. Dr. Jindrich Zelený (CSSR) ein Referat über das Thema "Was fordert die Gesellschaft von der Wissenschaft?". Wir bringen daraus folgenden Auszug:

"In dieser Versammlung sind wir zweifellos ohne Ausnahme in einem Punkte völlig einig: die Gesellschaft, verstanden als die gegenwärtige Menschheit, verlangt von der Wissenschaft, von den Wissenschaftlern, alles zu tun, um einem neuen Krieg vorzubeugen und die Kriegsgefahr möglichst auszuschalten. Aber wenn man nicht bei schönen Worten und unbestreitbaren Desideraten stehen bleiben will, wenn man zur Verwirklichung dieser für uns alle lebenswichtigen Forderungen zielbewußt und rationell begründet handeln will, dazu scheint mir eine nüchterne Analyse der vielseitigen Wechselbeziehungen zwischen Gesellschaft und Wissenschaft die nötige Voraussetzung zu sein. Erlauben Sie mir in diesem Sinne einige ergänzende Bemerkungen zu den in den vorangegangenen Vorträgen und Diskussionen Gesagten.

In der ersten Bemerkung zum Gegenstand möchte ich in beschreibender Weise einige tschechoslowakische Erfahrungen referieren. In der zweiten wage ich es, einige allgemeinere philosophierende Erwägungen zur Diskussion vorzulegen. Beides begreiflicherweise nur thesenhaft. Ich riskiere den Einwand, daß ich zwei entfernte methodische Zugänge aneinanderreihe. Doch scheint mir die Möglichkeit nicht ausgeschlossen zu sein, daß der nachsichtige und aufmerksame Zuhörer darin einen inneren Zusammenhang erblicken wird, den es offensichtlich für uns alle gab, die über diese Fragen in der CSSR nachdenken, diskutieren und streiten.

Wenn wir fragen: was fordert die Gesellschaft von der Wissenschaft, so legt diese Fragestellung die Vorstellung nahe, es gehe um einen Handlungsakt von zwei Personen oder Personengruppen, wovon die eine von der anderen etwas fordert. Obwohl äußerst vereinfachend und oberflächlich, drückt diese Vorstellung gewisse reale Seiten des gegenwärtigen menschlichen Lebens aus. Unter einer Bedingung: die Gesellschaft und die Wissenschaft müssen konkretisiert werden. Man muß zuerst geklärt haben, was für ein Gesellschaftsganzes, durch wen repräsentiert, und was für eine wissenschaftliche Tätigkeit, wissenschaftliche Organisation, durch wen repräsentiert, wir im Auge haben.

Ich möchte mich nicht in diesen Problembereich in aller Breite einlassen ¹⁾, und darf aus diesem Problembereich nur eine einzige bescheidene Frage herausnehmen, nämlich:

Welche bemerkenswerten Erfahrungen kann man aus den letzten Jahrzehnten der tschechoslowakischen Entwicklung anführen, mit Rücksicht auf die Forderungen 'der Gesellschaft', (repräsentiert durch die verfassungsmäßigen Organe und Institutionen) an 'die Wissenschaft', repräsentiert durch unsere Akademie der Wissenschaften? Ich werde mich auf die Erfahrungen konzentrieren, die das Verhältnis zwischen der Grundlagenforschung und der zweckgebundenen applizierenden Forschung betreffen ²⁾.

Ihrem Selbstverständnis nach gründet sich unsere sozialistische Gesellschaftsordnung ausschließlich auf die Wissenschaft. Alle diejenigen, die die sozialistischen revolutionären Umwälzungen bei uns erlebt und mitgemacht haben, können die ungewöhnliche Verbreitung der Zuversicht zur Wissenschaft bezeugen. Wir lebten in der Hoffnung, daß mit Hilfe der Wissenschaft unsere ökonomischen und sozialen Programme optimal ent-

1) In der historischen Perspektive und auf einer allgemeineren Ebene erörtern - m.E. mit tiefem Blick - die wichtigsten Veränderungen im Verhältnis von Gesellschaft und Wissenschaft die Arbeiten von R. Richta und seines Teams. Ich kann mich z.B. berufen auf seinen Aufsatz "Wissenschaftlich-technische Revolution und Marxismus" in der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus" Nr.1/1967.

2) Ich stütze mich auf die Arbeiten von Sorn, Málek u.a., die unlängst bei Gelegenheit des 15. Jahrestages der Gründung der Akademie der Wissenschaften diese Erfahrungen in mehreren Veröffentlichungen zusammengefaßt haben.

worfen und erfolgreich erfüllt werden können. Der Wissenschafts-enthusiasmus war unter den progressiven Gesellschaftskräften allgemein und stark. Später stellte sich heraus, wie viele illusorische Elemente dieser Wissenschaftsoptimismus enthielt. Doch möchte ich vor einer falschen Vorstellung abraten, daß sich der Wissenschaftsoptimismus in den Anfängen unserer sozialistischen Entwicklung nur in diesen illusorischen Elementen ausdrückte. Wenig bekannt ist z.B. die Tatsache, daß bei uns anfangs der Fünfzigerjahre der Anteil der Investitionen für die Grundlagenforschung sehr hoch war im Vergleich zur angewandten Forschung, relativ perzentuell sogar höher als damals in den Vereinigten Staaten und anderen Ländern. Bei uns 11 Prozent, in den USA 8,5 Prozent; später hat sich das Verhältnis verändert. Programmäßig sollte die bevorzugte Unterstützung der wissenschaftlichen Grundlagenforschung bei uns eine rasche Entwicklung der angewandten und technologischen Forschung nach sich ziehen, was sich in einem raschen Fortschritt des technischen Niveaus unserer Produktion auswirken sollte. Leider, die Mehrzahl dieser Erwartungen blieb aus. Die in den letzten Jahren ausgeübte Kritik wies darauf hin, daß in den Fünfzigerjahren bei uns einige Disproportion entstand zwischen den Möglichkeiten der wissenschaftlichen Forschungsbasis und den an die Forschungsbasis effektiv gestellten Bedürfnissen der Produktion. Dies hängt mit der damaligen administrativ-direktiven Leitung und Planung der Produktion und mit dem extensiven Charakter der Entwicklung der Industrie zusammen. Vereinfachend kann man den extensiven Charakter des Wachstums folgendermaßen kennzeichnen: um Gebrauchswerte in größerem Ausmaß zu erhalten, muß man mehr Werte, Maschinen und Arbeiter haben. Der extensive Typ des Wachstums begleitet und petrifiziert durch die administrativ-direktive Auffassung der ökonomischen Planung, bringt es mit sich, daß sich die Produktion grundsätzlich und überwiegend mit der Wiederholung der überlieferten Arbeitsmethoden begnügt und an der Stimulation der Forschung und Rezeption ihrer Ergebnisse nicht effektiv interessiert ist.

Das neue ökonomische System, das in unserer Wirtschaft seit diesem Jahr schrittweise eingeführt wird - und das manchmal im Westen irrtümlich als Rücktritt zu alten kapitalistischen Methoden bezeichnet wird, hat unter anderem die Aufgabe, den Übergang vom extensiven zum intensiven Typ des Wachstums unter sozialistischen Bedingungen zu fördern. Das Wesen des neuen ökonomischen Systems liegt bekanntlich in einer elastischeren Verknüpfung des Zentrums mit den Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben, denen ein größerer Spielraum für eigene ökonomische Initiative gewährleistet wird, ferner in einer besseren Verwertung der betreffenden ökonomischen Hebel- und Marktbeziehungen, wie auch in einer ausgedehnten Modernisierung der Produktion und ihrer Leitung, die der wissenschaftlich technischen Revolution den Weg öffnen soll.

Andererseits setzt die intensive Entwicklung eine solche wissenschaftliche Forschungskapazität voraus, welche es ermöglicht, im voraus effektive technologische Lösungen zu finden und auf diese Weise ein Wachstum des Koeffizienten der Fondsintensität zu vermeiden. Diese Bedingung für das intensive Wachstum wurde von Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, M.Keldysch, als Überflügeln der Technik durch die Wissenschaft und der Produktion durch die Technik formuliert. Diese Relationen sind offensichtlich eine Gesetzmäßigkeit der wissenschaftlich-technischen Revolution. Die erwähnte Episode aus unserer wissenschaftlichen Entwicklung aus den Fünfzigerjahren kann als der vorwegnehmende Ansatz zu diesem progressiven Trend unter unreifen Bedingungen angesehen werden. Es gibt Gründe zur Annahme, daß das neue ökonomische System auf einer neuen Ebene zur Wiederaufnahme und Fortsetzung dieses progressiven Trends führen wird.

Ich darf jetzt zur versprochenen philosophierenden Bemerkung übergehen: im Zusammenhang mit den erwähnten sozialistischen Erfahrungen aktualisiert sich u.a. auch ein spezielles Gebiet der Grundlagenforschung, welche die Problematik der Grundlegung der Wissenschaft vom marxistischen Standpunkt aus thematisiert. Angesichts der tiefgreifenden Spaltung des heutigen

Denkens in eine szientistische und eine anthropologische Richtung, angesichts der Unzufriedenheit mit der relativistischen Soziologie des Wissens, in welcher sehr oft die Gesellschaft und die Geschichte versubjektiviert werden, entsteht auf dem Boden der gegenwärtigen marxistisch-leninistischen Philosophie das Bedürfnis, die Grundfragen des Wissens, die Fragen nach den Formen und Typen der Rationalität u.ä. zu untersuchen. Auch die Kritik an den illusorischen Elementen und Simplifikationen im erwähnten sozialistischen Wissenschaftsenthusiasmus hatte hier eine wichtige Rolle gespielt. Inhaltlich könnte man vielleicht die Methode der diesbezüglichen protophilosophischen Untersuchung der Grundlegungsproblematik als ontopraxeologische Methode bezeichnen.

Ich kann unmöglich in diesem Kurzreferat detailliert über Untersuchungen referieren, die in dieser Richtung durchgeführt worden sind. Erlauben Sie mir, an einer Teilfrage exemplifizierend anzudeuten, worum es geht. Ich meine die Aufgabe der vertieften Auseinandersetzung mit dem Kant'schen Versuch einer Grundlegung der Wissenschaft. Diese Aufgaben umschließt zwei Punkte:

1) Vom heutigen Standpunkt aus, mit Rücksicht auf die Erfahrungen des 19. und 20 Jahrhunderts das Verhältnis zwischen Marx und Kant in dieser Hinsicht zu klären;

2) Die Fragestellungen und Lösungsversuche der Grundlegungsproblematik vom Standpunkt des gegenwärtigen Marxismus positiv auszuarbeiten.

Prof.Dr. Jindrich Zelený wurde 1922 geboren, studierte Philosophie und Soziologie an der Karls-Universität in Prag von 1945 - 1948, wo er 1948 promovierte. Seine Habilitation erfolgte 1954 (Univ.Do. für Philosophie). Außer seinen Vorlesungen an der Philosophischen Fakultät, war er dann bis 1959 Leiter des Lehrstuhls für Philosophie an der Ökonomischen Hochschule Prag, inzwischen 1955 bis 1956 Prorektor an dieser Hochschule. In den Jahren 1959 bis 1966 erfüllte er einen Forschungsauftrag im Philosophischen Institut der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften in Prag.

Im Jahr 1966 leistete J.Zelený dem Ruf Folge, an die Ökonomische Hochschule Prag als o.Prof. für Philosophie wiederzukehren. Zugleich setzte er seine Arbeit an der Philosophischen Fakultät der Karls-Universität Prag fort, wo er Begründer und Mitleiter eines speziellen Hegel-Seminars wurde, das seit 1959 ununterbrochen arbeitet und im laufenden Schuljahr das 16. Semester seiner wissenschaftlichen Tätigkeit vollendet. Im Zusammenhang mit der Tätigkeit dieses Seminars, das direkte wissenschaftliche Kontakte mit den meisten Hegel-Forschern Europas entwickelt, sind in der CSSR mehrere Arbeiten entstanden; in der Fachliteratur spricht man von der tschechoslowakischen marxistischen Schule der Hegel-Forschung (außer J.Zelený auch M.Sobotka, I.Dubský, J.Kuderna, L.Major u.a.). Diese Hegel- und Marx-Forschung wird nicht nur rein historisch geführt, sondern auch in Anbetracht der aktuellen Probleme der gegenwärtigen Philosophie entwickelt (das Problem der Typen der Rationalität, ontopraxeologische Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution u.a.).

Seit 1966 ist J.Zelený Mitglied des Tschechoslowakischen Nationalkomitees für Logik, Philosophie und Methodologie der Wissenschaften. Prof.Zelený unternahm mehrere Vortragsreisen, referierte u.a. auch auf mehreren internationalen Kongressen (Hegel-Kongreß in Wien 1960, in Genf 1962, Kant-Kongreß in Düsseldorf 1965, Internationale Logik-Konferenz in Warschau 1961 u.a.).

16. Juni 1967

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1801

Hauptarbeiten: drei Monographien in tschechischer Sprache:
1.) Noetische Probleme bei T.G.Massaryk (1949). 2.) Der Marxsche
Wissenschaftsbegriff (1962). Diese Monographie ist ins Deutsche
übersetzt worden und soll im Akademie-Verlag Berlin in diesem
oder nächstem Jahr erscheinen. 3.) Praxis und Vernunft (1967).
Außerdem mehrere Abhandlungen, deren einige auch deutsch
(in "Kant-Studien" u.a.) und italienisch (in "Il Pensiere " u.a.)
erschienen sind.

- - -

Mariahilfer Heimatforscher Fritz Illing gestorben
 =====

16. Juni (RK) Einer der aktivsten Heimatforscher Wiens aus der "alten Garde", der Gründer und Leiter des Mariahilfer Heimatmuseums Fritz Illing, ist am 13. Juni im 76. Lebensjahr gestorben. Kommernden Mon. den 19. Juni, (14.45 Uhr) werden die sterblichen Überreste dieses allseits beliebten und mit ganzen Herzen für "seine Mariahilfer" tätigen Museumsleiters auf dem Baumgartner Friedhof (Halle II) aufgebahrt und nach feierlicher Einsegnung zur ewigen Ruhe bestattet. Die Seelenmesse wird Samstag, den 24. Juni, um 8 Uhr, in der Pfarrkirche zum heiligen Aegidius in Gumpendorf gelesen. Der Verstorbene hinterläßt Gattin Berta und Tochter Luise Illing.

Im Dezember 1951 wurde das Mariahilfer Heimatmuseum von Fritz Illing gegründet. Im Lauf der Jahre konnte er den Bestand dieses Museums auf fast 30.000 Objekte erhöhen. 1963 gelang, es der wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft dieses Museums, das Mariahilfer Heimatbuch als erstes neues Heimatbuch eines Wiener Bezirkes nach 1945 erscheinen zu lassen. Fritz Illing aber war nicht nur für sein Heimatmuseum tätig, sondern er hatte noch eine Vielzahl anderer Aufgaben, denen er seine große Schaffenskraft widmete. So war er Vorstandsmitglied der 1964 gegründeten Arbeitsgemeinschaft der Wiener Heimatmuseen, er war Bezirksrat, saß im Festwochenausschuß des Bezirkes, war Kulturreferent von Mariahilf nach 1945 und er war nicht zuletzt ein talentierter Komponist und Dirigent, dem auch auf diesem Gebiet die Anerkennung nicht versagt blieb. 1963 wurde Fritz Illing das Große Silberne Ehrenzeichen der Republik Österreich verliehen. Die Stadt Wien ehrte den ehemaligen Oberkommissär der Wiener Gaswerke durch die Verleihung der Silbernen Ehrenmedaille.

Einer seiner vielen Freunde, Dr. Hubert Kaut, Oberrat der Museen der Stadt Wien, widmete dem gebürtigen Mariahilfer, der am 31. Oktober 1891 in der Kaunitzgasse auf dem ehemaligen Magdalenagrund geboren wurde, anlässlich seines 75. Geburtstages einen Gratulationsartikel, der in den von Fritz Illing

redaktionell geleiteten "Mariahilfer Museumsblättern" erschien. Darin heißt es unter anderem: "Fritz Illing hat das ^Mariahilfer Heimatmuseum buchstäblich aus dem Nichts zu einer Zeit geschaffen, die auf andere Ziele eingestellt war, und hat es in kurzer Zeit durch intensive Sammel- und Ausstellungstätigkeit auf eine Höhe gebracht, für die es sich rangmäßig würdig den älteren und bewährten Wiener Heimatmuseen zur Seite stellte. Er widmete seine gesamte Freizeit uneigennützig und unter persönlichen Opfern, mit einer Hingebung an die Sache, die kaum ihresgleichen findet ..."

- - -

Sitzung des Wiener Landtages
=====

16. Juni (RK) Heute vormittag trat der Wiener Landtag unter dem Vorsitz seines Ersten Präsidenten Dr. Wilhelm Stemmer zu einer Sitzung zusammen. Es lagen vier Anträge vor. Ein gemeinsamer Antrag aller vier Fraktionen betraf den in der Regierungsvorlage des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 vorgesehenen Aufteilungsschlüssel der Bundes-Wohnbauförderungsmittel. Ein SPÖ-Antrag hatte die Übertragung des Mietrechtswesens und der Angelegenheiten der Assanierung und Bodenbeschaffung in die Gesetzgebungskompetenz der Länder zum Gegenstand. Zwei Anträge der ÖVP betrafen die Schaffung gesetzlicher Maßnahmen zur Erhaltung des Wiener Stadtbildes sowie die Aufnahme von Verhandlungen zwischen Wien, dem Bund und dem Land Niederösterreich im Hinblick auf die Wiener Verkehrsvorhaben. Die Anträge wurden zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung weitergeleitet.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung, betreffend Wiedervorlage eines Landesgesetzes zur Regelung des Kindertagesheimwesens in Wien referierte in Vertretung der zuständigen Stadträtin Maria Jacobi Stadträtin Gertrude Sandner. Sie erinnerte daran, daß das Gesetz dem Landtag schon im November 1966 vorlag. Die Bundesregierung hat gegen einige Bestimmungen Einspruch erhoben, die zu geringfügigen Abänderungen und zur Wiedervorlage führten. Eine Abänderung präzisiert, daß das Gesetz auf Übungskindergärten, Übungshorte und Schülerheime keine Anwendung findet. In die Bestimmungen über das Personal wurde aufgenommen, daß das Fachpersonal eine in der Republik Österreich gültige Befähigungsprüfung erfolgreich abgelegt haben muß.

Abg. Dr. Hirnschall (FPÖ) stellte in der Debatte dazu fest, daß die FPÖ schon im vergangenen November dem Gesetz ihre Zustimmung verweigert habe. Die damals kritisierten Mängel seien größtenteils noch immer enthalten, vor allem die in den Schluß- und Übergangsbestimmungen, die das Gesetz für unbegrenzte Zeit aussetzen. Dem gegenüber müsse trotz des Mangels an Kindergärtnerinnen gefordert werden, daß in jedem Kindergarten mindestens eine Person mit abgeschlossener Fachausbildung wirke.

Die Stadt Wien tue zuwenig, um den Kindergärtnerinnen-Beruf attraktiv zu machen. Beispielsweise fänden die Kindergärtnerinnen kein Verständnis für ihre Forderung nach einer Mehrdienstleistungs-Zulage.

In der darauffolgenden Abstimmung wird die Gesetzesvorlage in erster und zweiter Lesung mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KLS angenommen.

Über die Abänderung der Besoldungsordnung berichtet an Stelle des entschuldigten Personalstadtrat Stadtrat Sigrund. Durch diese Gesetz sollen die Gehälter der städtischen Bediensteten mit Wirksamkeit vom 1. August so wie beim Bund um 7 Prozent, mindestens jedoch 175 S, erhöht werden. Die gleiche Erhöhung sollen die ruhegenüßfähigen Dienstzulagen erfahren. Auf Grund der Pensionsautomatik wird sich die Neuregelung auch auf die Ruhe (Versorgungs)genüsse auswirken. Gleichzeitig erfahren die Gehaltsansätze in Schema I eine Neuregelung.

Abg. Karger (KLS) begrüßt die Vorlage, weil sie eine Erhöhung der Gehälter und eine Verbesserung des Arbeitsschemas bringt. Es ist jedoch bekannt, daß die Bediensteten der Stadt Wien darüber hinausgehende, sehr berechtigte Wünsche haben, und es ist zu hoffen, daß die Neuordnung der Bezüge der öffentlich Bediensteten, die auf Grund eines Ministerratsbeschlusses bis 30. Juni ausgearbeitet sein soll, termingerecht fertig wird. Abschließend erkundigt sich der Redner, wie weit die Verhandlungen über die Einrechnung der Zulagen bei der Pensionsbemessung gediehen sind.

Abg. Peska (SPÖ) erklärt, daß dieser Bezugserhöhung lange und zäh geführte Verhandlungen vorausgegangen sind, und beklagt, daß die Öffentlichkeit seit geraumer Zeit nicht immer korrekt informiert und der Versuch unternommen wird, die Meinung zu verbreiten, daß die Schaffung eines neuen Gehaltsgesetzes eine besondere Herzensangelegenheit der ÖVP im allgemeinen und des Bundeskanzlers im besonderen sei. So soll die Beamtenfreundlichkeit der Bundesregierung und der ÖVP besonders unterstrichen werden.

Das Verhandlungsergebnis unterscheidet sich wesentlich von früheren Lohnbewegungen: Es wurde vereinbart, daß ab Februar 1967 Verhandlungen über ein neues modernes Gehaltsgesetz beginnen sollen; falls aber bis 30. Juni 1967 ein Wirksamwerden des neuen Gehaltsgesetzes ab 1. Jänner 1968 nicht erwarten lassen, werden Verhandlungen über eine all-fällige Bezugsregelung für 1968 zeitgerecht aufgenommen. Es wurden allerdings in der Zwischenzeit auch Reden gehalten. So erklärte der Bundeshenzler, daß die höheren Bezüge jenen in der Privatwirtschaft gleichwertig seien, und der niederste Bezug im Schema der allgemeinen Verwaltung 2000 S betragen soll, obwohl dieser ab 1. August 1967 schon 2057 S betragen wird. Solche Reden tragen nicht dazu bei, die angespannte Situation bei den Bediensteten der öffentlichen Hand zu entspannen, sie tragen im Gegenteil nur dazu bei, die Nervosität zu fördern, und geben der Öffentlichkeit ein völlig falsches Bild der Lohnsituation des öffentlichen Dienstes. Bei der Gemeinde Wien hebt sich das Klima, in dem Personalprobleme gelöst werden, wohltuend von dem des Bundes ab.

Der Redner begrüßt schließlich die sonstigen in diesem Gesetz vorgenommenen Verbesserungen der Besoldung der Gemeindebediensteten.

Stadtrat Sigmund stellt fest, daß die Verhandlungen über den Entwurf des Gesetzes nunmehr abgeschlossen sind. Der Gewerkschaft wurde der Entwurf übermittelt.

Bei der Abstimmung wurde die Vorlage in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Zur dritten Post der Tagesordnung, die Vorlage des Gesetzes betreffend den Grundwerb durch Ausländer in Wien, stellt Landtagspräsident Dr. Stemmer fest, daß das Gesetz bereits mit 20. Jänner 1967 beschlossen wurde, jedoch die Bundesregierung Einspruch gegen einzelne Bestimmungen erhoben hat. Bei der Neufassung des Gesetzes wurde diesem Einspruch Rechnung getragen.

Der Berichterstatter, Stadtrat Sigmund (SPÖ), stellt fest, daß sich der Einspruch der Bundesregierung im wesentlichen auf zwei Fakten beschränkt hat, nämlich ein Bedenken gegen

jene: Bestimmungen, die die Erbfolge im Zusammenhang mit dem Ausländer-Gründerwerbgesetz regeln und zweitens gegen die Höhe der Strafe. Der Stadtrat verweist darauf, daß man bei den seinerzeitigen Beratungen die Meinung vertrat, eine Erbfolge müßte nicht unbedingt die Folge eines Verwandtschaftsverhältnisses sein, sondern man könnte die Bestimmungen des Gründerwerbgesetzes dadurch umgehen, daß man einen derartigen Erbanspruch rechtzeitig kauft. Und das wollte man verhindern. Die Bundesregierung ist jedoch anderer Ansicht und man hat ihren Einspruch berücksichtigt. Die Höhe der Strafe wurde auf Wunsch der Bundesregierung von 500.000 auf 300.000 Schilling herabgesetzt.

Abg. Dr. Hirnschall (FPÖ) stellt fest, daß seine Fraktion bei der Behandlung des Gesetzes im Jänner dieses Jahres bereits auf jene Bestimmungen hingewiesen und eine Änderung verlangt hat, die nun auch von der Bundesregierung bemängelt wurden. Sein diesbezüglicher Abänderungsantrag, wonach der gesamte Erwerb durch Erbe von der Beschränkung befreit werden sollte, wurde jedoch von den Mehrheitsparteien nicht unterstützt. Hätte man den seinerzeitigen Antrag seiner Fraktion angenommen, hätte man sich den Einspruch der Bundesregierung ersparen können und außerdem wäre das Gesetz ein halbes Jahr früher wirksam geworden. Die eine oder andere inzwischen erfolgte Transaktion hätte wirksam unterbunden werden können.

Der Redner meint, man möge Anträge nach ihrem Inhalt beurteilen und nicht nach dem Umstand, ob sie von einem Abgeordneten einer Koalitionspartei oder einem Vertreter einer Oppositionspartei unterschrieben wurden. Manche Pannen könnten sicherlich dadurch in Zukunft vermieden werden. Im übrigen werde seine Fraktion der Vorlage zustimmen.

Abg. Dr. Bohmann (SPÖ) stellt fest, daß das vorliegende Gesetz beschlossen werden soll, um Grundtransaktionen zu verhindern, die als für unsere Stadt nicht wünschenswert erscheinen. Von diesem Gesichtspunkt aus mußte auch die Erbfolge von Personen gesehen werden, die keine nahen Angehörigen sind. Man kann schließlich an

Menschen herantreten, die Eigentümer von Grund und Boden sind, alt sind und gegen entsprechendes Entgelt über Grund und Boden nicht in unserem Interesse testamentarisch verfügen. Auf diesem Umweg bekämen wir als grundbücherliche Eigentümer Ausländer und das wollen wir ja verhindern.

Abg. Dr. Bohmann stellt einen gemeinsamen Antrag der SPÖ - und ÖVP-Fraktion auf Ergänzung des § 6, der sich mit der Verwaltungsübertretung beschäftigt. Es sei durchaus möglich, daß die absichtliche Irreführung bei einer Grundtransaktion über eine Verwaltungsübertretung hinausgeht und den Tatbestand des Betruges darstellt. Der § 6 soll daher um die Worte "sofern der Tatbestand nach anderen Gesetzen nicht strenger zu beurteilen ist", ergänzt werden. Im Interesse einer Rechtssicherheit und der guten Absicht dieses Gesetzes ersucht der Redner, dem Zusatzantrag die Zustimmung zu erteilen.

In seinem Schlußwort empfiehlt Stadtrat Sigmund, den Zusatzantrag anzunehmen.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage einstimmig, der Zusatzantrag mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KLS angenommen.

"Bei Aufleuchten läuft Redezeit ab!"

Damit ist die Tagesordnung erschöpft, Vorsitzender Präsident Dr. Stemmer weist abschließend darauf hin, daß auf dem Debattenredner-Pult eine Lichtsignalanlage montiert wurde, die den Zweck hat, den jeweiligen Debattenredner bei solchen Reden, deren Dauer laut Geschäftsordnung begrenzt sind, vom Vorsitzendentisch aus optisch darauf aufmerksam zu machen, daß das Ende seiner Rede gekommen ist. Neben dem roten Lichtknopf auf dem Rednerpult steht der schriftliche Hinweis: "Bei Aufleuchten läuft Redezeit ab!"

Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

16. Juni (RK) Im Anschluß an die Landtagssitzung findet eine Sitzung des Gemeinderats statt, die von Bürgermeister Bruno Marek eröffnet wird. An Anfragen liegen vor: KLS 3, FPÖ 3 und ÖVP 2. An Anträgen liegen vor ein gemeinsamer Antrag von SPÖ und ÖVP, betreffend Maßnahmen zur Einschränkung von Behinderungen der Massenverkehrsmittel; von der ÖVP, betreffend Gewährung einer Erschwernis- und Bildungszulage für Kindergärtnerinnen; betreffend Generalplanierung der Wiener Straßen; betreffend administrative Vereinfachung in den Magistratischen Bezirksämtern bei der Ausstellung der Bestätigung zur Erlangung der Säuglingsbeihilfen; von der FPÖ, betreffend den Weiterbetrieb der Straßenbahnlinie 360; von den KLS, betreffend Erhöhung der Erschwerniszulage für Kindergärtnerinnen. Die SPÖ bringt einen Antrag ein, dessen Verlesung und dringliche Behandlung sie verlangt; der Antrag betrifft die finanzielle Beteiligung des Bundes beim Bau der Wiener U-Bahn.

Ergänzungswahlen

Durch das Ausscheiden von GR. Josef + Kostelecky aus dem Gemeinderat sind in mehreren Gremien Mandate freigeworden. Auf Vorschlag der SPÖ wird in die Gemeinderatsausschüsse I und XII sowie in die Gemeinderätliche Personalkommission und in den Vorstand der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien Gemeinderat Karl Swoboda gewählt; in die Kommission zum Studium von Rationalisierungsmaßnahmen bei den städtischen Kranken- und Pflegeanstalten wird gleichfalls auf Vorschlag der SPÖ Gemeinderat Dr. Josef Bohmann, in die Kommission zum Studium der wirtschaftlichen und betrieblichen Verhältnisse bei den Wiener Stadtwerken-Verkehrsbetriebe Gemeinderat Walter Seeböck gewählt.

Subvention für die Gesellschaft für Neue Musik

Als ersten Punkt der Tagesordnung referiert Gemeinderat Sackmauer (SPÖ) den Antrag, der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik (IGNM) zur Ermöglichung ihrer weiteren Tätigkeit, vor allem für die Durchführung von Konzerten mit Werken moderner Komponisten, für das Jahr 1967 eine Subvention von 25.000 S zu gewähren. Der Berichterstatter weist darauf hin, daß diese Gesellschaft den Großteil ihrer wertvollen Konzertveranstaltungen gemeinsam mit der Musikalischen Jugend Österreichs durchführt.

In der Debatte polemisiert GR.Peter (FPÖ) gegen diesen Antrag und stellt unter zahlreichen Zwischenrufen aus den Bänken der SPÖ die Frage, wer es bestimme, daß die Verbreitung der modernen Musik unbedingt notwendig sei, wie es im Akt zu dem Antrag heißt. Keiner der Gemeinderäte habe die Courage, zuzugeben, daß ihm moderne Musik nicht gefällt. (GR.Windisch, SPÖ, lacht schallend, worauf GR.Peter mit den Worten reagiert: "Lachen's net!" Vorsitzender Bürgermeister Marek schaltet sich ein: "Lachen ist laut Geschäftsordnung nicht verboten!")

GR.Peter (FPÖ) wirft zunächst die Frage auf, warum alles als modern Deklarierte unbedingt schön sein müsse. "Davor geht Ihr alle in die Knie", sagt er. Dann erklärt er, auch avantgardistisch sein zu wollen und daher gegen den Antrag zu sein.

Es entwickelt sich ein Zwischenruffduell zwischen Stadtrat Heller ("Blut und Boden"), Peter ("Ihr habt ja ein Kunstdiktat"), Heller ("Das war bei Herrn Göbbels") und GR.Windisch, der Peter vorwirft, ein "Reichsrednerkonzept" vorzulesen.

Darauf erhebt GR.Peter die Frage, welches neuzeitliche Werk denn schon über die Uraufführung hinausgegangen sei. Er zitiert den Artikel einer Wiener Wochenzeitung, demzufolge "zum Schutze der Neutöner Polizei aufgeboden" werden müsse. (Zwischenruf von GR.Windisch: "Sie sind ein Alttöner.") Ein neuerliches Zwischenruffduell beginnt. (Heller: "Der redt' wie ein Blinder von der Farb', warum komponieren Sie nicht, Herr Peter?" Peter: "Warum sind Sie nicht Architekt geworden?")

Der Debattenredner wendet sich dann der Frage der entarteten Kunst zu und zitiert Max Nordau, der schon um die Jahrhundertwende dieses Wort erfunden habe. Es sei nicht erst dreißig Jahre jung.

(Zwischenruf von GR. Jodlbauer, SPÖ: "Jetzt kommt die künstlerische Dolchstoßlegende.")

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und KLS angenommen.

Neufestsetzung des Schulgeldes der Musiklehranstalten

Bürgermeister Marek bittet um strikte Einhaltung der Geschäftsordnung, wonach nicht zu einzelnen Personen, sondern nur zu Körperschaften gesprochen werden dürfe.

Gemeinderat Eleonora Hiltl (ÖVP) referiert sodann einen Antrag über die Gebührenerhöhung für den Besuch der Musiklehranstalten der Stadt Wien. Die Antragstellung wird damit begründet, daß die letzte Festlegung 1951 erfolgt sei und der inzwischen eingetretenen Ausgabenerhöhung Rechnung getragen werden müsse. Mit zwei Ausnahmen ist die Erhöhung für ordentliche und außerordentliche Teilnehmer gleichgehalten, um einerseits die Musikerziehung nicht zu gefährden und andererseits Anreiz zu bieten, das ordentliche Studium aufzunehmen.

Abgeordneter Peter spielt in der Debatte auf den Zusammenhang zu dem vorherigen Antrag an, apostrophiert den Hausmusikmangel und den an Harfenspielern. Die Erhöhung von 12 bis 60 Prozent, die im Antrag aufscheint, könne sich seiner Meinung nach die Musikstadt Wien nicht leisten. Mit Anspielung auf die Festwochen fordert er "den Verzicht auf musikalische Experimente, von denen noch lange nicht feststeht, ob sie zur Rufmehrung Wiens als Kunststadt" beitragen.

Gemeinderat Ascherl (SPÖ) stimmt seinem Vorredner darin zu, daß der Weltruf Wiens als einer Musikstadt eine Verpflichtung bedeutet. Anhand objektiver Zahlen kann jedoch bewiesen werden, daß die Stadt Wien für den musikalischen Nachwuchs sehr viel tut: Im Schuljahr 1965/66 hatten die Musiklehranstalten Ausgaben von 15 Millionen Schilling, denen Einnahmen von nur 1,4 Millionen gegenüberstanden. Ähnlich war es in den Jahren vorher. Die Stadt leistet also finanziell Beachtliches für die Musikförderung.

./.

Darum genießen auch mehr als zehntausend Schüler die vielseitige musikalische Ausbildung der Musiklehranstalten.

Auch nach der Gebührenerhöhung ist das Schulgeld wirklich gering und steht in keinem Vergleich zum Preis für Einzelmusikstunden. Auch die Schüler selbst hoben bei einer Befragung das geringe Schulgeld lobend hervor.

Die heute zu beschließende Schulgelderhöhung ist nicht nur sehr maßvoll, sie trägt auch pädagogischen Aspekten Rechnung und vermeidet soziale Härten. Man muß bedenken, daß die Sätze seit 1951 keine Veränderung erfahren haben. Ausschlaggebend für die Tarifregelung war ein Bericht des Kontrollamtes vom Dezember 1966, in dem auf die Notwendigkeit einer Neufestsetzung des Schulentgeltes hingewiesen wurde. Der dafür eingesetzte gemeinderätliche Unterausschuß sah sich die einzelnen Posten sehr genau an. Niemals wurden kostendeckende Preise angestrebt, sondern nur eine gerechte Nachziehung im Hinblick auf die seit 1951 eingetretene Lohn- und Preisentwicklung. Für das Hauptfach Klavier wird beispielsweise jetzt ein jährliches Schulgeld von 450 Schilling verlangt, gegenüber 375 Schilling bisher. Die Forderung nach "möglichst billigem Musikunterricht" scheint mit solchen Sätzen also durchaus erfüllt.

Gleichzeitig hat man auch eine Verwaltungsvereinfachung vorgesehen: alle Nebengebühren sind jetzt im Schulgeld enthalten.

Wichtig ist, daß allen Musikschülern Ermäßigungen, Schulgeldbefreiungen und sogar Stipendien gewährt werden können. Jeder begabte junge Mensch hat in Wien also die Chance, ein Musikinstrument zu erlernen und niemand braucht aus finanziellen Gründen zurückzustehen.

GR. Eleonora Hiltl (ÖVP) gibt in ihrem Schlußwort weitere Beispiele aus dem jetzt geltenden Tarif: Für den Instrumentalunterricht werden jetzt monatlich 33 Schilling verlangt, für das Singen 5, und für Singen und Blockflöte 8 S. Was nichts kostet, wird bekanntlich oft nicht geschätzt. Die Möglichkeiten für Ermäßigungen und Stipendien wurden in diesem Schuljahr gar nicht voll ausgeschöpft, offenbar weil die Eltern das Gefühl haben, daß die geringen Gebühren wirklich angemessen sind.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KLS angenommen.

GR. Herbert Mayr (SPÖ) referierte einen Antrag auf Gewährung einer Subvention von 1,9 Millionen Schilling für das ASKÖ-Bundessportfest, das vom 2. bis 8. Juli in Wien stattfindet und rund 15.000 aktive Sportler aus 20 Nationen hierher führen wird.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) sagt, er hätte dafür Verständnis, daß große sportliche Ereignisse unterstützt werden. Eine so hohe Subvention wie in diesem Fall sei jedoch nicht gerechtfertigt. Ursprünglich habe eine Zusage sogar auf 2,5 Millionen Schilling gelautet. Der ASKÖ habe erst auf viormalige Urgenz eine Kostenkalkulation vorgelegt. Daraus sei ersichtlich, daß die gesamten Kosten des Sportfestes aus Steuermitteln bezahlt werden sollen, sogar das Propagandamaterial. Hier wird ein wahrer Goldregen aus Steuermitteln über dieses Parteisportfest der Sozialistischen Partei ausgeschüttet. Hier wird mit einer Großzügigkeit Geld ausgegeben, die ihresgleichen sucht. Es ist anscheinend nichts zu teuer, um nicht subventioniert zu werden, vom Propagandapickerl bis zum einheitlichen Festanzug des Wiener ASKÖ-Funktionärs. Wie kleinlich und schäbig nimmt sich dagegen die Haltung der Gemeinde aus, wenn zum Beispiel der Österreichische Turnerbund für sein Kinderturnen 30.000 Schilling Förderungsbeitrag verlangt. Man soll sich nicht wundern, wenn man anderen Orts in Österreich die Klagen über die finanzielle Benachteiligung Wiens nicht sehr ernst nimmt, solange diese Rathausmehrheit für parteipolitische Zwecke Millionen beim Fenster hinauswirft. Wir stimmen natürlich dagegen.

GR. Rösner (SPÖ) hebt hervor, daß in diesem Jahr der ASKÖ-Bund und nicht der ASKÖ-Wien ein Sportfest anlässlich seines 75jährigen Bestandes feiert. An dieser internationalen Sportveranstaltung nehmen Sportler und Sportlerinnen aus 16 Staaten teil, man rechnet mit 12.000 bis 15.000 Aktiven. Man kann daher, wenn diese große internationale Veranstaltung entsprechend subventioniert wird, nicht von einer parteipolitischen Angelegenheit sprechen. Die Stadt Wien hat beispielsweise auch die Gymnaestrada mit 2,5 Millionen Schilling subventioniert. Damals hat Gemeinderat Dr. Schmidt keinen Einblick in die Details genommen. Auch die

Union-Kampfspiele und ebenso die Eishockey-Weltmeisterschaft wurden subventioniert. So ist es selbstverständlich, daß auch der ASKÖ entsprechend subventioniert wird. Schließlich muß man auch berücksichtigen, daß die Teilnehmer wieder Geld nach Wien bringen und dadurch auch ein Teil der Steuergelder retourniert wird. Im übrigen muß jeder Teilnehmer 50 Schilling Festgebühr bezahlen. Es ist jedenfalls keine parteipolitische Angelegenheit, und die Sozialisten werden selbstverständlich zustimmen.

Berichterstatter Herbert Mayr erklärt in seinem Schlußwort, daß die Gesamtkosten dieses Sportfestes mehr als fünf Millionen betragen werden und nur ein Teil in Form einer Subvention vergütet wird. Der Beitrag des Bundes beläuft sich nur auf 300.000 Schilling. Da es sich nicht um ein Sportfest des ASKÖ-Wien, sondern des ASKÖ-Bundes handelt, könnte sich auch der Bund stärker beteiligen. Auf den Vorhalt über die geringe Subventionierung des Österreichischen Turnerbundes erwidert der Referent: Solange es der ÖTB nicht zustande bringt, seine Mitglieder demokratisch und für Österreich zu erziehen, solange werden wir diesem Verband auch keine Unterstützungen geben (Zwischenrufe bei der FPÖ).

Der Antrag wird hierauf gegen die Stimmen der FPÖ angenommen.

Landwirtschaftsbetrieb: Bilanz und Voranschlag

Hierauf legt Stadtrat Dr. Maria Schaumayer den Rechnungsabschluß und Verwaltungsbericht 1965/66 sowie den Wirtschaftsplan 1967/68 des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien vor. Wie sie ausführt, waren infolge des katastrophalen Hochwassers im Jahr 1965 mit einer Ausnahme alle Ernteergebnisse schwächer als erwartet, wodurch die Erfolgsrechnung einen Reinverlust von rund 2,5 Millionen Schilling aufweist.

Die Berichterstatterin weist darauf hin, daß zwischen den Jahren 1952/53 und 1965/66 der Personalstand um 653 Personen gesenkt werden konnte, was nicht zuletzt im Rechnungshofbericht seinen Ausdruck in der Formulierung "mustergültige Rationalisierung" gefunden habe. - Es wurde der Antrag gestellt, den Verlust des Jahres 1965/66, der ausschließlich auf die Hochwasserkatastrophe zurückzuführen ist, vorzutragen.

Bezüglich des Wirtschaftsplans des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien für das Wirtschaftsjahr 1967/68 gab die Referentin bekannt, daß bei einem Rohertrag von rund 35 Millionen Schilling ein wenn auch geringer Überschuß zu erwarten sein werde. Vornehmlich einige Rationalisierungsmaßnahmen auf dem Gebiete des Weinbaus sollen zu dem Erfolg, der mit 215.000 Schilling veranschlagt ist, beitragen.

Die Zustimmung seiner Fraktion zu dem Antrag drückte als erster Debattenredner GR. Kowarsch (ÖVP) aus. Auch er wies daraufhin, daß der Verlustausweis des Vorjahres von rund vier Millionen ausschließlich der Naturkatastrophe zuzuschreiben sei und kommt dann auf die Geschäftsgruppe XII im allgemeinen zu sprechen. Es sei falsch, von der Öffentlichkeit anzunehmen, daß alle städtischen Unternehmungen passiv wären. Lediglich die Verkehrsbetriebe trügen dieses Odium zu Recht, sie färbten jedoch leider auf die Gesamtheit ab. Zur Frage, warum Wien überhaupt Landwirtschaftsbetriebe unterhalte, stellte er fest, daß man das nicht nur aus der Schau 1967 betrachten dürfe. Die Betriebe stellten auch keinen Funktionsfaktor zur Preisregelung dar, wie oft geglaubt werde. Sie sind jedoch ein nicht zu unterschätzender Versorgungsbetrieb, der unter anderem 3.000 Tonnen Brotgetreide, 20.000 Tonnen Zuckerrüben, Saatgut für 5.000 Hektar und tausende Tonnen Gemüse zu liefern imstande ist. Im Augenblick schätzt man das vielleicht nicht besonders, aber es habe bereits Zeiten gegeben, wo man dies sehr wohl tat, und man müsse auf alles gefaßt sein. -- Für den Gastbetrieb am Bisamberg wünschte sich der Debattenredner einen "Ausbau im Interesse der dem Bisamberg bereisenden Wiener".

GR. Deutsch (SPÖ) kam ebenfalls auf den Verlustausweis als Folge des Hochwassers zu sprechen. Er wies jedoch darauf hin, daß die Verminderung der Ertragslage zweifellos auch mit der Rückgabe von Habsburger-Gütern zusammenhängt.

Der Redner betont, daß durch eine weitere Reduktion des Personals die Gefahr einer unsachgemäßen Behandlung der Kulturen heraufbeschworen werden könnte. Der Maschinenarbeit seien auch in der Landwirtschaft Grenzen gesetzt. Daher müßten weiterhin Maßnahmen gegen die Landflucht und für eine Verbesserung der Wohnungs-

verhältnisse der Landerbeiter getroffen werden. Auch bei der Entlohnung gäbe es beträchtliche Differenzen. 1965 etwa betrug das Durchschnittseinkommen eines landwirtschaftlichen Arbeiters 1933 Schilling monatlich. Dem stand ein monatliches Durchschnittseinkommen von 2.582 Schilling des nicht in der Landwirtschaft tätigen Arbeiters gegenüber.

GR. Deutsch regt an, dem Gerstenanbau vor dem Weizenanbau den Vorrang zu geben, da zum Beispiel gerade im vergangenen Berichtsjahr ein großer Weizenüberschuß zu verzeichnen war, der dann zur Verfütterung verwendet werden mußte.

Des weiteren sei nicht ganz klar, ob es bisher möglich gewesen sei, den richtigen Kontakt zwischen den Produzenten und der Verarbeitungsindustrie, also etwa der Konservenindustrie, zu finden.

Im Schlußwort stellt Stadtrat Dr. Maria Schaumayer fest, man könne stolz darauf sein, daß der Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien den Erfordernissen der geänderten Marktlage stets Rechnung getragen habe. Im folgenden geht sie auf die Ausführungen der Debattenredner ein:

Der Verkauf der Milchhalle auf dem Schlingermarkt ist bereits in die Wege geleitet. Der Magdalenenhof bleibt auch den Ausflüglern erhalten. Bei den speziellen Tankstellen handelt es sich lediglich um Zapfstellen für die betriebseigenen Fahrzeuge.

Zur Verminderung der Anbauflächen: Auch die Stadt Wien hat immer wieder begründete Wünsche an den Landwirtschaftsbetrieb, wenn es um Absiedlungen, Bauprojekte usw. geht.

Unterkünfte für die Landerbeiter: Der Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien hat die Arbeiterunterkünfte auf einen modernen Stand gebracht, die Wohnungen saniert und mit Bädern ausgestattet.

Einkommensverhältnisse: Die Durchschnittsverdienste beim Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien überschreiten die übrigen Durchschnittsverdienste in der Landwirtschaft wesentlich. Sie betragen monatlich 2.300 bis 2.500 Schilling, die Deputate nicht eingerechnet.

Forcierter Anbau von Gerste: Diese Anregung wird an die Direktion des Landwirtschaftsbetriebes weitergeleitet werden.

Die Kontakte mit der Konservenindustrie bezeichnet die Be-
richterstatterin nicht nur als notwendig, sondern auch, was den
Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien betrifft, als sehr gut.
Abschließend lädt Stadträtin Dr. Schaumayer die Gemeinderats-
mitglieder zu einer Besichtigung einzelner Güter des Landwirt-
schaftsbetriebes ein, die am 12. Juli, um 13 Uhr, für die zuständi-
gen Ausschußmitglieder durchgeführt wird.

Bei der Abstimmung werden sowohl der Rechnungsabschluß und
der Verwaltungsbericht als auch der Wirtschaftsplan des Land-
wirtschaftsbetriebes der Stadt Wien einstimmig angenommen.

Feuerwache Simmering

GR. Nimmerrichter (SPÖ) referiert sodann einen Antrag auf
Errichtung der Feuerwache Simmering in 11, Weißenböckstraße-Neu-
gebäudestraße (siehe auch Blatt 1792). Die Feuerwache soll aus
einem Dienstgebäude, der Fahrzeughalle, einem Geräteschuppen und
dem Steigerturm bestehen. Von den voraussichtlichen Kosten in
Höhe von neun Millionen Schilling soll eine Million bereits aus
dem Voranschlag 1967 bewilligt werden.

GR. Karger (KLS) begrüßt den Neubau der Feuerwache und regt
gleichzeitig an, eine Rettungsstation miteinzuplanen. Das in Frage
stehende Gebiet wird derzeit von der Zentrale Landstraße oder von
Favoriten versorgt, bei den derzeitigen Verkehrsverhältnisse eine nicht
gerade ausreichende Lösung. Der Redner ersucht, im Interesse der
Bevölkerung diesen Wunsch einer positiven Erledigung zuzuführen.

GR. Nimmerrichter verweist darauf, daß bei der Planung der
Feuerwache alle zuständigen Magistratsabteilungen bezüglich
ihrer Wünsche gefragt wurden.

./.

Von der Sanität wurde in diesem Fall kein Wunsch geäußert. Es ist daher anzunehmen, daß dieses Gebiet von den bestehenden Rettungsstationen gut betreut werden kann.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.
Damit war die Tagesordnung erledigt.

Es kommt nun der dringliche Antrag der sozialistischen Gemeinderäte Busta, Nekula, Marie Hirschler und Genossen, betreffend die

Finanzielle Beteiligung des Bundes beim Bau der Wiener U-Bahn,
zur Verlesung: Der Antrag und seine Einleitung haben folgenden Wortlaut:

Finanzminister Dr. Schmitz hat in der Fragestunde des Nationalrates am 9. Juni 1967 in Beantwortung einer Anfrage des Abgeordneten Lanc über eine Beteiligung des Bundes am Bau der Wiener Untergrundbahn die Ansicht vertreten, daß diese ein innerstädtisches Verkehrsmittel wäre, weshalb er aus diesem Grund und aus zwingenden budgetären Erwägungen keine Möglichkeit für eine Beteiligung des Bundes an der Finanzierung dieses Projektes sehe.

Diese Stellungnahme des Bundesministers für Finanzen steht im Widerspruch zu einer Erklärung von Bundeskanzler Dr. Klaus, der anlässlich seines Besuches im Wiener Rathaus am 11. April 1967 seiner Überzeugung Ausdruck gegeben hat, daß die Finanzierung des Baues der Wiener U-Bahn unter Mitwirkung des Bundes erfolgen muß. Eine derartige Beteiligung des Staates - zum Teil sogar die alleinige Finanzierung durch den Staat - ist in anderen europäischen Hauptstädten üblich.

Die unterzeichneten Gemeinderäte stellen daher gemäß Paragraph 17 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

A n t r a g :

- 1.) Der Gemeinderat der Stadt Wien richtet an die Bundesregierung die Forderung zum Bau der Wiener U-Bahn einen finanziellen Beitrag zu leisten.
- 2.) Der Herr amtsführende Stadtrat für Finanzwesen wird ersucht, diesbezügliche Verhandlungen mit Vertretern der Bundesregierung zu führen.

3.) Der Herr amtsführende Stadtrat für Finanzwesen wird ersucht, dem Gemeinderat der Stadt Wien über das Ergebnis dieser Verhandlungen zu berichten.

Gemäß Paragraph 17 Abs.5 und Paragraph 18 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien wird die Verlesung dieses Antrages sowie dessen dringliche Behandlung beantragt."

Zur Begründung des Antrages hat sich GR.Busta (SPÖ) zu Wort gemeldet. Er stellt fest, daß zwei Spitzenfunktionäre der ÖVP, nämlich Bundeskanzler Dr.Klaus und Finanzminister Dr.Schmitz in der Frage der U-Bahn-Finanzierung verschiedene Meinungen geäußert haben. Der Bundeskanzler hat erklärt, daß er der Meinung ist, daß eine finanzielle Unterstützung durch den Bund erfolgen muß, während Minister Schmitz den Standpunkt vertrat, daß es sich um eine rein innerstädtische Angelegenheit handle und er keine Möglichkeit sehe, daß sich der Bund an der Finanzierung beteiligen könnte. Der Redner verweist darauf, daß in anderen europäischen Hauptstädten eine Hilfe des Bundes bei derartigen Vorhaben üblich sei. Zum Beispiel hat der Staat den U-Bahn-Bau in Berlin, Brüssel, Rom und Madrid zu 100 Prozent, in Stockholm zu 95 Prozent, in Paris zu 50 Prozent finanziert und in München erfolgt eine Beteiligung des Landes und des Bundes.

Niemand, der die Interessen Wiens ernstlich vertritt, kann dagegen sein, daß wir uns an die Bundesregierung mit unserer Forderung wenden.

Bei der Abstimmung wurde dem Antrag die Dringlichkeit der Behandlung zuerkannt. Als erster Diskussionsredner verweist GR. Nekula (SPÖ) auf die Hilfe des Staates beim U-Bahn-Bau in anderen Ländern. Er zitiert neben den bereits genannten Städten auch München, wo 33 Prozent der Kosten des U-Bahn-Baues der Bund trägt, 33 Prozent das Land und die restlichen 33 Prozent die Stadt München. Von den Rednern der Volkspartei im Wiener Gemeinderat wurde darauf hingewiesen, daß es notwendig wäre, den U-Bahn-Bau zu forcieren und GR.Hahn hat auch einmal das Münchner Beispiel verwendet. Der Wiener Gemeinderat wäre einverstanden, wenn in Wien eine ähnliche Regelung wie in München erfolgen könnte.

Während man Wien keinen Groschen geben will, baut man mit Bundesmitteln in Bregenz einen Knotenpunkt aus, der Kosten von 2 Milliarden Schilling erfordert. Es dürfte also hier mit zweierlei Maß gemessen werden.

Der Redner ruft in Erinnerung, daß Wien eines der neun Bundesländer ist und das gleiche Recht wie die anderen hat. In den USA gibt es ein Gesetz, das die Massenbeförderung regelt und das die Bundesbeihilfe für die Massenbeförderung in den Städten regelt. Ein Wunschtraum, an den wir gar nicht zu denken wagen. Es gäbe aber genügend Beispiele, wie in anderen Staaten der Bund beiträgt, beim Ausbau der Massenverkehrsmittel zu helfen. Sie kommen ja nicht nur den Bewohnern der Hauptstadt zugute, sondern den Bürgern des ganzen Landes. Der Bund hat eine Verpflichtung zum U-Bahn-Bau einen Beitrag zu leisten, weil es sich nicht nur um ein Wiener, sondern um ein österreichisches Problem handelt.

Stadtrat Dr. Maria Schaumayer (ÖVP) stellt fest, daß der vorliegende Antrag um zwei Stunden zu spät komme, denn ihre Fraktion hat im Landtag einen weitergehenden Antrag eingebracht, der darauf abzielt, daß Verhandlungen über Wiener Verkehrsvorhaben, wie U-Bahn, Schnellbahn und Straßenbau, ehestens aufgenommen werden. Meinungsverschiedenheiten zwischen SPÖ und ÖVP bestehen darüber, wie man den Interessen Wiens am besten nützt. Die ÖVP ist der festen Überzeugung, daß den Interessen unserer Stadt und ihrer Bürger weit besser gedient wird mit sachlichen Verhandlungen als durch Anfragen und Parteideklarationen. Zu Verhandlungen habe sich Minister Schmitz bereiterklärt. Es könne keinen Zweifel darüber geben, daß ihre Fraktion sich weit früher mit U-Bahn-Plänen für Wien beschäftigt habe, als die sozialistische Fraktion. Es stehe jedoch außer Zweifel, daß die ÖVP, als man endlich im Gemeinderat über das U-Bahn-Projekt diskutierte, den Bund um finanzielle Beteiligung an diesem Vorhaben ersuchte. (Zwischenruf GR. Windisch: Nur geschehen ist bis heute nichts!). Wir werden allerdings sachlich argumentieren müssen, um eine Vorzugsstellung gegenüber den anderen Bundesländern auszuhandeln.

Die Anfrage des in das Parlament hinübergewechselten ehemaligen GR. Lanc dürfte wohl nur um des politischen Erfolges willen gestellt worden sein. Den Interessen Wiens dürfte sie mehr geschadet als genützt haben.

Die ÖVP könne dem Antrag nicht zustimmen, weil sie ihn nicht für eine geeignete Verhandlungsbasis halte.

GR.Dr. Schmidt (FPÖ) will die Frage nicht entscheiden, ob der Abgeordnete Lanc seine Anfrage im Nationalrat zu polemischen Zwecken gestellt habe. Jedenfalls sei die ablehnende Antwort des Finanzministers eine grundsätzliche gewesen und war sowohl mit budgetären Erwägungen begründet als auch durch das Argument, in Österreich gäbe es einen anderen Finanzausgleich als in anderen Staaten. Jedenfalls wurde deutlich, daß mit einer Beteiligung des Bundes am U-Bahn-Bau nicht zu rechnen sei. Dies sei bedauerlich, weil durch diese Haltung die Durchführung großer Projekte immer schwieriger und die U-Bahn-Finanzierung zu einem Politikum werde.

Die Haltung der ÖVP-Regierung gegenüber Belangen Wiens sei nicht sehr freundlich und spreche auch mit verschiedenen Zungen. Bundeskanzler Dr. Klaus habe sich für eine U-Bahn-Finanzierung ausgesprochen - wenn auch vielleicht nicht so deutlich, wie es der Dringlichkeitsantrag darstellt -, der Finanzminister aber sagt unmißverständlich "nein". Die FPÖ-Fraktion sei für diesen Antrag, weil sie die Finanzhilfe des Bundes für das U-Bahn-Projekt für unumgänglich notwendig halte. Sie habe darüber hinaus an den Finanzreferenten die Anfrage gestellt, ob die U-Bahn ohne Bundeshilfe überhaupt gebaut werden könne. Vor der Einleitung von Verhandlungen müsse allerdings ein konkreter Finanzplan für das Projekt vorliegen, damit der Finanzminister nicht die billige Ausrede habe, es seien ihm keine Unterlagen vorgelegt worden.

GR. Lauscher (KLS) sagt, auch seine Fraktion habe einen Antrag eingebracht, in dem die Frage aufgeworfen wurde, ob die Antwort des Finanzministers im Einvernehmen mit der Bundesregierung erteilt worden sei, und wenn dies der Fall war, welche Schritte die Stadt Wien zur Wahrung ihrer lebenswichtigen Interessen zu tun gedenke. Der Finanzminister habe den Hinweis auf andere Länder abgetan. Auch dies sei unrichtig. Beispielsweise gelte in Deutschland ein ähnlicher Finanzausgleich wie bei uns.

Die ÖVP-Fraktion habe gegenüber dem Dringlichkeitsantrag eine typische Flucht nach vorne unternommen, indem sie von einem "weitergehenden Antrag" sprach. Dies sei jedoch ein Ausweichen vor der entscheidenden Frage, wie das Verhalten des Finanzministers zu erklären sei, der schon vor Überreichung eines Finanzierungsplanes eine ablehnende Haltung einnahm. Die Wiener ÖVP dürfe nicht glauben, der Bevölkerung jeden Bären aufbinden zu können. Ihre Argumentation zur Dringlichkeitsanfrage könne nur als Ausrede gewertet werden. Die ÖVP sollte lieber weniger "weitergehende Anträge" stellen und mehr dafür sorgen, daß der Bund in konkreten Punkten seiner Verpflichtung gegenüber Wien nachkommt. Alle anderen Verkehrsfragen seien gegenüber dem U-Bahn-Projekt zweitrangig. Man hätte von der ÖVP-Fraktion erwartet, daß sie zugebe, von der Haltung des Finanzministers enttäuscht zu sein und eine andere Meinung zu vertreten.

Vizebürgermeister Felix Slavik (SPÖ) meint, es stehe hier nicht zur Debatte, wer "früher dran" war. Jedenfalls steht es fest, daß in Wien schon U-Bahn-Projekte diskutiert wurden, als es noch gar keine ÖVP gab.

Jede Zeit hat ihre Probleme. Wir hatten nach 1945 die Probleme der vierfachen Besatzung und der Ernährung; und man kann Probleme immer nur dann zur Diskussion stellen, wenn einigermaßen Chancen bestehen, sie auch lösen zu können. Den Erklärungen der ÖVP zum Problem der U-Bahn steht eine Erklärung des Finanzministers im Parlament gegenüber, er sehe keine Möglichkeit, den U-Bahn-Bau in Wien mitzufinanzieren. Es ist nicht anzunehmen, daß die Wiener Bevölkerung sehr viel Verständnis dafür haben wird, daß die ÖVP heute ihre Zustimmung einem Antrag verweigert, nach dem der Bund beim Bau der U-Bahn mithelfen soll und der Finanzreferent beauftragt wird, zu verhandeln und darüber zu berichten. Wogegen man da stimmt, wisse er, Slavik, nicht.

Wir haben es bei der U-Bahn mit ähnlichen Problemen zu tun wie bei der Schnellbahn. Ich habe nichts dagegen, daß Frau Dr. Schaumayer meint, sie ist mit Bundesminister Weiß weitergekommen als früher mit sozialistischen Ministern.

Es würde aber doch eine Geschichtsfälschung darstellen, würde man annehmen, daß Finanzminister Weiß für die Errichtung der Wiener Schnellbahn verantwortlich war. Sie ist in einer Zeit ausgeführt worden, als es sozialistische Verkehrsminister gab.

Die Bundesbahnen werden von allen Österreichern finanziert. Sie haben daher auch Pflichten gegenüber allen Bundesländern, und zu diesen zählt auch Wien. Die Entfernung von Solbad Hall nach Innsbruck ist nicht größer als die von Petersdorf in die Donaustadt, die Entfernung von Kapfenberg nach Bruck an der Mur ist weniger weit als die von Petersdorf nach Floridsdorf. Es wird aber niemand auf die Idee kommen, zu verlangen, daß diese Städte einen Zuschuß leisten müssen, weil zwischen ihnen Personen befördert werden. Mit dem gleichen Recht kann das Bundesland Wien für sich in Anspruch nehmen, daß ein Teil der notwendigen Verkehrsleistungen von einer Bundeseinrichtung, von den Bundesbahnen, erbracht wird. Es ist daher überhaupt nicht verständlich, daß wir bisher keine Zusage für die drei Schnellbahnhaltestellen Matzleinsdorfer Platz, Rennweg und Brünner Straße bekommen haben. Die Schnellbahn ist ausgezeichnet - leider erfordert sie für verschiedene Gebiete Wiens gute Sportler, die auf- und abspringen können, weil die Haltestellen nicht errichtet werden.

Hoffen, wird, daß bei den Gesprächen über das Wiener Memorandum doch die eine oder andere Frage einer positiven Erledigung zugeführt werden kann. Man muß aber vor der Illusion von Globallösungen warnen. Wir müssen dauernd verhandeln und versuchen, Punkt für Punkt zu erledigen. Spielen Sie nicht damit, daß drüben eine ÖVP-Regierung sitzt. Sie ist nicht für alle Zukunft abgesichert. Die Interessen der Stadt Wien werden länger existieren als eine ÖVP-Regierung. Deswegen wäre es für die Wiener Bevölkerung besser gewesen, wenn sich auch die ÖVP zu dem Antrag bekannt hätte, weil das immerhin eine Stärkung für die Verhandlungen bedeutet hätte.

Auf die konkrete Frage, ob die Finanzkraft der Stadt Wien für einen U-Bahn-Bau ausreicht, erklärt Vizebürgermeister Slavik dezidiert: Nein! Wenn wir die Finanzkraft der Stadt Wien für die Gesamtfinanzierung des U-Bahn-Baues in Anspruch nehmen müßten, dann müßten wir andere Investitionen streichen, beim Wohnungsbau,

beim Schulbau, beim Spitalbau usw. Deshalb kann ein so großes Problem nur im Zusammenwirken mit dem Bund erfolgen.

Es wäre im Interesse der Wiener Bevölkerung zweckmäßig gewesen, zu einem Beschluß des Gemeinderates zu kommen. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß sich die ÖVP nicht dazu bekennt.

Der Antrag wird dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zur weiteren Behandlung zugewiesen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

10. Europa-Gespräch:

"Die Lage der wissenschaftlichen Forschung in Österreich"
=====

Auszüge aus den Diskussionsbeiträgen von Stratil-Sauer, Marinelli,
Firnberg

16. Juni (RK) Beim 10. Europa-Gespräch der Stadt Wien in der Volkshalle des Rathauses nahmen die Professoren Dr. Gustav Stratil-Sauer und Dr. Wilhelm Marinelli sowie Abgeordnete Dr. Hertha Firnberg (alle drei Österreich) gestern an der Diskussion zum Thema "Die Lage der wirtschaftlichen Forschung in Österreich" teil. Wir bringen daraus folgende Auszüge: Professor Dr. Stratil Sauer:

"Der Grund für die soziale Stellung der Wissenschaftler in Österreich wurde in zahlreichen Kundgebungen und Artikeln in der Österreichischen Hochschülerzeitschrift erörtert. Anfangs sagte man immer: 'Primum vivere, deinde philosophari!' Erst, wenn man zum Leben geeignet sei, sollte man philosophieren. Das 'philosophari' könnte hier mit 'forschen' übersetzt werden. Gleich nach Ende des zweiten Weltkrieges war man der Meinung, es sei erst dann möglich, sich der Forschung zu widmen, wenn sich die Wirtschaft erholt habe. In Wirklichkeit ist es aber gerade die Wissenschaft, die das Nationaleinkommen eines Landes fördert! Den Wissenschaftlern wurde es nicht leicht gemacht, die nötigen Unterstützungen für ihre Arbeit zu erhalten. Es gab keine steuerabzugsfreien Spenden. Erst vor kurzen wurde im Finanzministerium eine derartige Steuererleichterung für Spender bewilligt. Der Deutsche Stifter-Verband hat seit Ende des zweiten Weltkrieges eine Viertelmilliarde D-Mark auf Grund von Steuerfreiheit der wissenschaftlichen Forschung angedeihen lassen. Der Notring der wissenschaftlichen Verbände Österreichs ist eben daran, eine Organisation zu schaffen und beginnt auf Grund des neuen Gesetzes mit der Werbung hierfür. Allmählich stößt die Frage der wissenschaftlichen Forschung in Österreich auf immer größeres Verständnis. Die Wissenschaftler begrüßen jene Gesetze, die der Forschung ein leichteres Leben ermöglichen sollen. Man muß dieser Situation, in der sich die Wissenschaft in Österreich befindet, kühl entgentreten. Die Forschung erfordert ganz enorme Beträge.

Nur Optimisten können sich vorstellen, daß den Anforderungen der Wissenschaft entsprochen werden kann.

Wenn neue Gesetze herauskommen, werden gleichzeitig damit auch viele Bedenken angemeldet. In diesem Zusammenhang erhebt sich die Frage: 'Wie soll ein kleiner Staat wie Österreich die nötigen Mittel für die Wissenschaft aufbringen können?' Eigentlich aber müßte man **sich vor** anderen europäischen Staaten schämen, wenn man bedenkt, daß in Österreich die Aufwendungen zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung ihrer Höhe nach nur von Indien und Ghana unterschritten werden.

Es geht darum, ein Programm für die Forschung zu entwickeln. Eine der wichtigsten Aufgaben der Wissenschaft besteht darin, zu versuchen, die internationalen Verpflichtungen der Wissenschaft und Forschung noch immer voranzutreiben. Internationale Organisationen wie CERN, Atombehörde etc. haben sich dies jedenfalls zum Ziel gesetzt. Diese internationale Auffassung von der Forschung würde auch dem Politiker ein wunderbares Arbeitsgebiet einräumen. Es kommt wohl vor, daß Politiker in Kreise der Wissenschaftler nicht immer mit offenen Armen aufgenommen werden, aber die Pfade zu Straßen und breiten Verkehrswegen der Wissenschaft stellen eben eine große Aufgabe für unsere Zeit dar.

Professor Dr. Marinelli:

Österreich macht den rasanten Fortschritt der Wissenschaft nicht genügend mit und dies liegt in der ungeheuren Steigerung des Wissens und der Spezialisierung des Wissenschaftlers begründet. Ein sehr deutliches Beispiel dafür ist die Hochschulreform. Man kann von den Kandidaten nicht erwarten, daß sie wie einst das Rigorosum auf allen Teilgebieten ablegen. Man kann heute nicht mehr das Gesamtgebiet einer Wissenschaft beherrschen, sondern nur eine Grundausbildung erhalten. Was darüber hinausgeht, ist als Spezialisierung anzusprechen. Für die wissenschaftliche Forschung in unserer Zeit erweisen sich immer neuere und bessere Methoden und neue, meist sehr kostspielige Apparaturen als notwendig. Die alten Apparaturen und Einrichtungen unserer Forschungsinstitute sind einfach nicht mehr konkurrenzfähig.

Der Grund für das Nachhinken der wissenschaftlichen Forschung in Österreich liegt auch bei den Forschern selbst. Der Widerstand der Gelehrten-Körperschaften gegen den Forschungsrat unterbindet die Schaffung einer solchen Organisation. In unserer modernen Zeit kann der Wissenschaftler nur auf seinem Spezialgebiet berühmt sein und große Leistungen vollbringen. Die wissenschaftliche Literatur ist umfangreich wie nie zuvor. Die Förderung der Publikationen ist mit dem Selbstmord der Wissenschaft gleichzusetzen, genau so wie jedes Feuer unter der Asche erstickt. Der Wissenschaftler findet nicht mehr die Zeit, sich der Forschung zu widmen und außerdem die gesamte Literatur zu verfolgen. Für das wissenschaftliche Personal besteht häufig keine rationelle Verwendung.

Als Argument, das gegen den Forschungsrat vorgebracht wird, gilt die Tatsache, daß die Wissenschaftler sich gegen jede Art von Dirigismus wehren und die Freiheit der Forschung zu erhalten suchen. Betrachtet man aber die wissenschaftliche Forschung in Österreich hinsichtlich der geistigen Kapazität und des Nachwuchses, kann man ruhig optimistisch sein. Es gibt allerdings enorm viel zu tun, um die Struktur der Forschung, das ungeheure Anwachsen der zu Lehrenden, in einer Organisation und zwar in einem an Kopffzahl wesentlich unveränderten Apparat zu verkraften. Der Forschungsrat hätte die Aufgabe, das Zentrum einer gelenkten Förderung eines größeren Konzerns zu bilden.

Abgeordneter Dr.H.Firnberg:

In Österreich geht es vor allem darum, die Forschung aus der Kümmerlichkeit ihrer Existenz zu erlösen. Österreich hat nicht nur gegenüber den großen, sondern auch gegenüber durchaus vergleichbaren Staaten einen erheblichen Rückstand auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Forschung zu verzeichnen. An Hand einer Reihe von sehr ernst zu nehmenden und gründlichen Studien läßt sich nachweisen, daß die österreichische Forschung vernachlässigt ist und aufzuholen hat. In allen Bereichen - im Forschungsbereich der Hochschulen und auch außerhalb derselben beziehungsweise in der gewerblichen Wirtschaft - beträgt der Aufwand für dieses Gebiet der Wissenschaft nur ein Drittel Prozent des Nationalproduktes. Die Tatsache, daß dies nicht nur mit der Kleinheit des Landes zu tun hat, geht

daraus hervor, daß etwa die Schweiz siebenmal soviel wie Österreich für die Forschung ausgibt. Dazu kommt als negativer Faktor die Behinderung der Hochschulen bei ihren wissenschaftlichen Forschungsarbeiten, die Raumnot, veralterten Einrichtungen, der Mangel an wissenschaftlichen Hilfskräften an Universitäten und Hochschulen und die Überbürdung der Hochschullehrer durch Verwaltungsagenden.

Die österreichischen Hochschulen, die Industrie und die gewerbliche Wirtschaft sind noch zu wenig forschungsbewußt. Behebenswert ist vor allem der geringe Einsatz von Forschungspersonal in Österreich. Nur 2.000 Wissenschaftler bilden heute den wissenschaftlichen Stab und weitere 4.500 widmen sich dem Gebiete der Forschung und Entwicklung, das heißt mit anderen Worten: auf 1.000 Personen entfällt nur ein Wissenschaftler.

Österreich macht sehr große Anstrengungen, um entsprechende Kapazitäten auszubilden. Ein echter Erfolg wird jedoch nur dann gegeben sein, wenn man diese auch im Lande behalten kann. Dr. Steindl vom Institut für Wirtschaftsforschung spricht von einem "forschungsabgewandten Klima" in Österreich und betont, daß der intellektuelle "Ausverkauf", das Abströmen des intellektuellen Kapitals Österreich noch schwerer trifft, als die anderen europäischen Länder. Falls die intellektuelle Infrastruktur unterschritten wird und zu zerbröseln beginnt, hört das Land auf, ein Kulturstaat zu sein. Die Forschung in Österreich leidet auch sehr unter dem Mangel einer einheitlichen Stelle, der die Forschungsförderung obliegt. Die Koordination der wissenschaftlichen Forschung wäre die Aufgabe des Forschungsrates. Kleinen Staaten bieten sich zum Beispiel auf dem Gebiete der Grundlagenforschung ebensoviele Möglichkeiten wie großen. Seit 20 Jahren bemüht man sich in Österreich um eine stärkere Koordination und Konzentration der Forschungsförderung und in den nächsten Wochen wird im Parlament die Schaffung eines Forschungsrates zur Debatte kommen. Die Arbeiterkammer, der Österreichische Gewerkschaftsbund und die Sozialistische Partei haben dokumentiert, daß die Förderung der Forschung als Lebensfrage unserer Zeit richtig erkannt wurde.

Kommenden Sonntag:"Iglauer" Ständchen im Arkadenhof
=====

16. Juni (RK) Der Verein "Iglauer Landsmannschaft in Österreich" gibt kommenden Sonntag, den 18. Juni, um 9.15 Uhr, anlässlich der "Heimattage 1967" im Arkadenhof des Wiener Rathauses ein Ständchen für den Bürgermeister. In dessen Vertretung wird Vizebürgermeister Felix Slavik die Iglauer begrüßen.

- - -